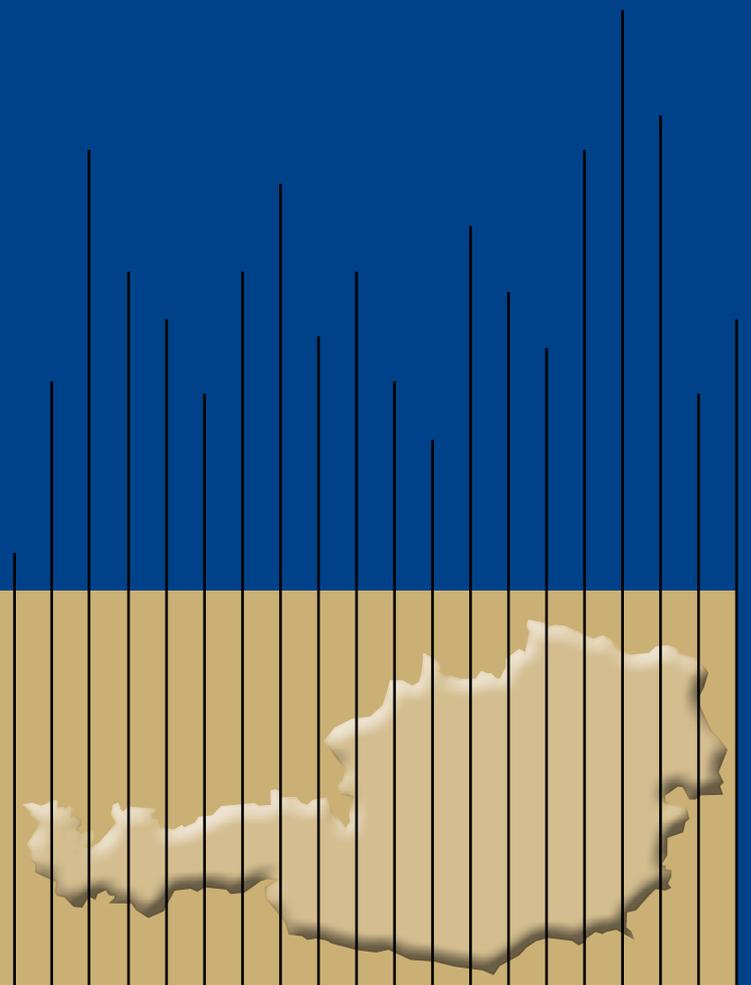


FAKTEN ZU ÖSTERREICH UND SEINEN BANKEN



Inhalt

Kennzahlen	4
Überblick	6
1 Die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie bestimmen weiterhin maßgeblich die Wirtschaftsentwicklung	9
1.1 Vierte Infektionswelle in Europa im Herbst 2021	9
1.2 Wirtschaftsleistung im Sommer 2021 auf dem Niveau von 2019	10
1.3 Lieferengpässe dämpfen Wirtschaftserholung	11
1.4 Tiefer Rezession 2020, folgt deutliche Erholung 2021	12
1.5 Kreditvergabe an nichtfinanzielle Unternehmen und private Haushalte	13
1.6 COVID-19-Pandemie führt zu deutlichem Anstieg der Arbeitslosigkeit	14
1.7 Inflation 2021: das Ende der „Happy Hour“	15
1.8 Beispiellose fiskalische Maßnahmen zur Bekämpfung der Effekte der COVID-19-Pandemie resultieren in hohem Budgetdefizit und steigenden Staatsschulden	16
2 Gestärkte Resilienz der Banken als Schlüsselfaktor bei Bewältigung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie	19
2.1 Profitabilität und Kapitalisierung der österreichischen Banken	19
2.2 Profitabilität der österreichischen Banken in CESEE wieder auf Vorkrisenniveau	21
2.3 Makroprudenzielle Maßnahmen stärken Finanzmarktstabilität	22
3 Anhang: Tabellen und Grafiken	24

HINWEIS

Die vorliegende Ausgabe von „Fakten zu Österreich und seinen Banken“ reflektiert die Entwicklungen der COVID-19-Pandemie bis Ende September 2021. In dieser Version wird – wie schon in den Vorversionen – ein Schwerpunkt auf die Auswirkungen der Pandemie gelegt. Daher werden weiterhin einige Standardabschnitte nicht dargestellt, die Standardabbildungen dazu sind im Anhang ersichtlich.

Aktuelle Informationen zu den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie werden auf der Website der OeNB www.oenb.at zur Verfügung gestellt.

Kennzahlen

Redaktionsschluss: 20. September 2021

Tabelle 1

Realwirtschaftliche Kennzahlen für die österreichische Wirtschaft

	Q2 20	Q3 20	Q4 20	Q1 21	Q2 21	2020	2021	2022
Wirtschaftliche Aktivität	<i>in Mrd EUR (gleitende Summen über vier Quartale)</i>							
Bruttoinlandsprodukt, nominell	385,3	383,0	378,6	376,4	388,2	378,6	399,1	423,8
	<i>Veränderung zur Vorperiode in % (real)</i>							
BIP	-10,9	11,0	-2,5	-0,2	3,6	-6,3	3,9	4,2
Privater Konsum	-12,1	12,2	-4,7	-0,7	1,9	-8,4	4,0	5,8
Öffentlicher Konsum	-1,7	2,0	3,4	0,0	3,0	-0,4	2,1	0,5
Bruttoanlageinvestitionen	-8,4	8,1	-0,3	5,3	1,5	-5,0	4,7	3,3
Exporte insgesamt	-18,9	15,2	3,7	-2,1	13,7	-11,5	7,1	6,4
Güterexporte	-14,6	16,6	1,6	-1,2	4,1	-7,3	9,0	6,4
Importe insgesamt	-15,7	10,8	4,5	6,7	3,7	-9,3	7,4	6,3
Güterimporte	-13,8	12,6	1,8	-0,3	4,4	-8,4	9,0	6,3
	<i>in % des nominellen BIP</i>							
Leistungsbilanzsaldo	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1,9	2,1	2,2
Preise	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>							
Harmonisierter Verbraucherpreisindex	1,1	1,4	1,1	1,5	2,6	1,4	2,4 ¹	2,21
Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer	-0,3	2,3	2,6	1,6	5,6	1,9	2,2	2,9
Lohnstückkosten	10,1	4,9	7,0	3,6	-1,6	7,0	-0,6	0,1
Produktivität	-9,4	-2,5	-4,1	-1,9	7,3	-4,7	2,8	2,8
Einkommen und Sparen	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>							
Real verfügbares Haushaltseinkommen	-6,4	12,8	0,4	-6,6	5,1	-2,9	0,6	2,4
	<i>in % des nominellen verfügbaren Haushaltseinkommens</i>							
Sparquote	x	x	x	x	x	14,4	11,0	8,1
Arbeitsmarkt	<i>Veränderung zur Vorperiode in %</i>							
Unselbstständig Beschäftigte	-4,6	3,2	0,0	-0,6	2,0	-2,0	1,2	1,6
	<i>in % des Arbeitskräfteangebots</i>							
Arbeitslosenquote (Eurostat)	7,0	6,5	6,5	7,0	6,7	6,1	5,2	4,8
Öffentliche Finanzen	<i>in % des nominellen BIP</i>							
Budgetsaldo	x	x	x	x	x	-8,9	-6,9	-2,8
Schuldenstand	x	x	x	x	x	83,9	85,1	82,8

Quelle: 2020 und Quartalszahlen: Statistik Austria; 2021–2022: OeNB Prognose vom Juni 2021.

Anmerkung: X = Daten nicht verfügbar.

¹ OeNB-Inflationsprognose vom September 2021.

Tabelle 2

Kennzahlen für das österreichische Bankensystem

	Q2 20	Q3 20	Q4 20	Q1 21	Q2 21	2017	2018	2019	2020
Österreichisches Bankensystem – konsolidiert									
Struktur	<i>in Mrd EUR</i>								
Bilanzsumme	1.107,0	1.118,8	1.136,4	1.161,6	1.168,6	948,9	986,0	1.032,3	1.136,4
Auslandsforderungen CESEE ¹	242,9	239,9	244,5	260,0	268,6	210,9	217,1	233,3	244,5
Anzahl der Kreditinstitute in Österreich	572	558	543	543	542	628	597	573	543
Einwohner pro Bankstelle in Österreich	2.790	2.810	2.833	2.545	2.563	2.330	2.429	2.521	2.833
Eigenmittelausstattung	<i>in Mrd EUR</i>								
Eigenmittel	90,7	91,5	94,3	94,6	96,4	85,0	86,5	90,9	94,3
	<i>in % der risikogewichteten Aktiva</i>								
Gesamtkapitalquote	18,6	18,9	19,5	19,4	19,3	18,9	18,6	18,7	19,5
Kernkapitalquote (Tier 1)	16,3	16,5	17,2	17,2	17,1	15,9	16,0	16,3	17,2
Harte Kernkapitalquote (CET-1)	15,5	15,6	16,1	16,1	16,1	15,6	15,4	15,6	16,1
	<i>in % zu ausgewählten Bilanzpositionen</i>								
Leverage-Quote ²	7,1	7,1	7,4	7,1	7,7	7,3	7,5	7,6	7,4
Profitabilität	<i>in Mrd EUR</i>								
Periodenergebnis nach Steuern	0,9	2,5	3,7	1,4	3,7	6,6	6,9	6,7	3,7
	<i>in %</i>								
Gesamtkapitalrentabilität (annualisiert) ³	0,2	0,3	0,4	0,5	0,7	0,8	0,8	0,7	0,4
Aufwand-Ertrag-Relation	72,3	68,2	66,8	65,2	61,4	64,6	65,2	66,9	66,8
Kreditqualität⁴	<i>in %</i>								
Wertberichtigungsquote	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	2,2	1,8	1,5	1,5
Notleidende Kredite-Quote (NPL-Quote)	2,0	2,0	2,0	1,9	1,9	3,4	2,6	2,2	2,0
Kreditentwicklung	<i>in %</i>								
Jahreskreditwachstum bei Nichtbanken in Österreich	4,7	4,2	3,9	4,2	3,7	3,0	4,6	4,3	3,9
Fremdwährungskreditanteil in Österreich	4,9	4,6	4,3	4,0	3,9	6,5	5,8	5,3	4,3
Österreichische Tochterbanken in CESEE	<i>in Mrd EUR</i>								
Periodenergebnis nach Steuern	0,9	1,6	1,9	0,6	1,4	2,6	2,9	2,8	1,9
	<i>in %</i>								
Gesamtkapitalrentabilität (annualisiert) ³	0,8	0,9	0,9	1,0	1,2	1,3	1,4	1,3	0,9
Aufwand-Ertrag-Relation	50,1	52,9	53,5	55,6	53,7	53,3	51,5	52,3	53,5
Wertberichtigungsquote ⁴	2,4	2,4	2,5	2,3	2,3	3,3	2,7	2,2	2,5
Notleidende Kredite-Quote (NPL-Quote) ⁴	2,3	2,3	2,4	2,2	2,2	4,5	3,2	2,4	2,4
Fremdwährungskreditanteil	24,1	x	24,1	x	23,2	27,0	25,4	23,5	24,1
Kredit-Einlagen-Quote	76,8	75,9	74,8	71,7	72,4	79,1	78,6	79,8	74,8

Kennzahlen für das Geldvermögen von Haushalten und Unternehmen

Private Haushalte	<i>in Mrd EUR</i>								
Geldvermögen insgesamt (Stand; aktiv)	734,5	738,6	762,1	768,1	782,0	672,9	686,1	727,2	762,1
Verpflichtungen – Kredite (Stand; passiv)	195,7	197,9	199,0	200,1	202,7	183,0	188,5	194,1	199,0
davon Fremdwährungskredite	12,8	12,2	11,6	10,6	10,2	16,5	15,0	13,6	11,6
davon Wohnbaukredite in Fremdwährung	11,0	10,5	10,0	9,2	8,9	14,1	12,9	11,8	10,0
Unternehmen	<i>in Mrd EUR</i>								
Geldvermögen insgesamt (Stand; aktiv)	563,9	568,5	569,3	585,5	586,2	532,1	538,0	554,8	569,3
Verpflichtungen insgesamt (Stand; passiv)	874,5	877,0	890,5	907,9	921,3	820,4	847,1	878,0	890,5
davon Kredite und Wertpapiere	428,6	429,3	426,4	436,1	435,7	384,4	408,0	419,1	426,4
davon Anteilsrechte	408,3	412,4	429,3	437,4	447,4	405,8	405,6	425,7	429,3
	<i>in Mrd EUR (gleitende Summe über vier Quartale)</i>								
Bruttobetriebsüberschuss und Selbstständigeneinkommen	89,2	89,5	90,4	93,3	95,3	86,0	89,8	90,3	90,4

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Anmerkung: Für umfangreichere Daten siehe den Tabellenanhang in den Financial Stability Reports der OeNB. X = Daten nicht verfügbar.

¹ Forderungen der mehrheitlich in österreichischem Besitz befindlichen Banken (BIZ-Definition).

² Transitional, Definition gemäß Basel III.

³ (Für das Gesamtjahr erwartetes) Periodenergebnis nach Steuern und vor Minderheitenanteilen als Prozentsatz der durchschnittlichen Bilanzsumme.

⁴ Daten seit Q2 17 auf FINREP-Basis (Gesamtforderungen).

Überblick

Folgen der COVID-19-Pandemie bestimmen weiterhin das Wirtschaftsgeschehen

- Die COVID-19-Pandemie bestimmt seit dem Jahr Frühjahr 2020 maßgeblich die Wirtschaftsentwicklung weltweit und in Österreich. Im Jahr 2020 sank die Wirtschaftsleistung in Österreich um 6,3 %. Nach Ende der strengen Eindämmungsmaßnahmen im Frühjahr 2021 erholte sich die österreichische Wirtschaft zur Jahresmitte rasch und lag laut dem wöchentlichen BIP-Indikator der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) im August nur knapp unter dem Niveau von 2019. Die OeNB erwartet für das Gesamtjahr 2021 ein BIP-Wachstum von rund 4 %. Für das Jahr 2022 erwarten sowohl die OeNB als auch der IWF eine Zunahme der Wirtschaftstätigkeit um rund 4,5 %.
- Lieferverzögerungen, Materialknappheiten und Preissteigerungen von bestimmten Rohstoffen sowie Zwischenprodukten dämpfen den aktuellen Aufschwung. Laut Schätzung der OeNB dämpften diese Effekte die österreichische Wirtschaftsleistung im zweiten und dritten Quartal 2021 um rund eine drei viertel Milliarde Euro. Diese Herausforderungen werden bis ins Jahr 2022 andauern, danach ist mit Aufholeffekten zu rechnen.
- Die COVID-19-Pandemie hat zu einem starken Anstieg bei den nach Arbeit suchenden Menschen geführt, wobei die Kurzarbeitsregelungen einen noch stärkeren Anstieg verhindern konnten. Im September 2021 lag die Anzahl der Arbeitslosen erstmals wieder unter dem Niveau der Vergleichswoche im Jahr 2019. Die Arbeitslosenquote nach Eurostat lag im Juli mit 6,1 % rund 1 ½ Prozentpunkte unter jener des Euroraums.
- Die HVPI-Inflation betrug im Jahr 2020 pandemiebedingt nur 1,4 %. Mit der Erholung der Energiepreise stieg die HVPI-Inflation im ersten Halbjahr 2021 stark an und lag im Sommer bei knapp unter 3 %. Die OeNB erwartet sowohl für 2021 als auch für das kommende Jahr eine HVPI-Inflation von rund 2,4 %.
- Die österreichische Bundesregierung hat zur Bekämpfung der Pandemie und zur Hintanhaltung der wirtschaftlichen Schäden durch die Eindämmungsmaßnahmen umfangreiche Hilfsmaßnahmen für Haushalte und Unternehmen beschlossen. Diese Maßnahmen in Kombination mit dem Wirken der automatischen Stabilisatoren bedingten nicht nur eine massive Verschlechterung des Budgetsaldos im Jahr 2020, sondern gehen auch mit einem erheblichen gesamtstaatlichen Defizit im Jahr 2021 einher. Auch die öffentliche Schuldenquote stieg 2020 stark an, nachdem sie von 2015 bis 2019 auf einem stark rückläufigen Pfad war. Die Schuldenquote wurde sowohl durch die Defizit- als auch durch die BIP-Entwicklung nach oben getrieben.

Gestärkte Resilienz der Banken als Schlüsselfaktor bei Bewältigung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie

- Das konsolidierte Betriebsergebnis des österreichischen Bankensektors stieg im ersten Halbjahr 2021 gegenüber dem Vorjahr um 51 % an. Die Risikovorsorgen, die die Ertragskraft der österreichischen Banken im Jahr 2020 beeinträchtigt hatten, gingen auf 8 % des Betriebsergebnisses zurück. Dadurch erholte sich das konsolidierte Periodenergebnis und belief sich im Juni 2021 insgesamt auf 3,7 Mrd EUR (+322 %).
- Der heimische Bankensektor ist weiterhin mit strukturellen Herausforderungen im Hinblick auf seine Effizienz konfrontiert, was sich im Juni 2021 in einer Aufwand-Ertrag-Relation von 61 % widerspiegelte.
- Einmal mehr leisteten die österreichischen Tochterbanken in Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE) einen wesentlichen Beitrag zur konsolidierten Profitabilität des Sektors. Ihr aggregiertes Periodenergebnis (nach Steuern) belief sich in der ersten Jahreshälfte 2021 auf 1,4 Mrd EUR und stieg damit im Vorjahresvergleich um 56 % an, was großteils auf den Rückgang der Risikokosten zurückzuführen ist.

- Nach einer zunächst pandemiebedingten Beschleunigung sank das Unternehmenskreditwachstum im August 2021 auf 4,1%. Die damit zusammenhängende stark nachlassende Nachfrage nach Unternehmenskrediten resultierte aus einem rückläufigen Finanzierungsbedarf für Anlageinvestitionen und einem vermehrten Rückgriff auf Innenfinanzierung. Im Gegensatz dazu beschleunigte sich das Wachstum der Kreditvergabe an private Haushalte durch die steigende Nachfrage nach Hypothekarkrediten auf 4,7%. Insgesamt belief sich die Jahreswachstumsrate der Kreditvergabe an Nichtbanken auf 3,7%.
- Die zur Bekämpfung der Pandemiefolgen in Österreich ergriffenen Unterstützungsmaßnahmen (einschließlich Kreditmoratorien) trugen wesentlich dazu bei, große Kreditausfälle zu verhindern, wodurch die konsolidierte Quote notleidender Kredite (NPL-Quote) auch Ende des zweiten Quartals 2021 auf einem niedrigen Niveau von 1,9% blieb. Während die meisten Zahlungsmoratorien bereits ausgelaufen sind, stiegen die im Zusammenhang mit der Pandemie gewährten staatlichen Garantien weiter an, wenn auch seit Ende 2020 deutlich weniger stark. Angesichts der nach wie vor erhöhten Kreditrisiken und der bestehenden Unsicherheit bezüglich des weiteren Verlaufs der Pandemie ist es unerlässlich, dass die Banken weiterhin über eine angemessene Kapitalausstattung verfügen.
- Durch die verbesserte Kapitalisierung der österreichischen Banken, die sich seit Beginn der globalen Finanzkrise 2008 mehr als verdoppelt hat, ist auch ihre Widerstandsfähigkeit angestiegen. Mit Juni 2021 meldeten die österreichischen Banken eine konsolidierte harte Kernkapitalquote (CET1-Quote) von 16,1%. Auch die deutliche Reduzierung von Gewinnausschüttungen an Aktionäre im Jahr 2020 trug zum Anstieg des Gesamtkapitals der Banken bei. Aufgrund der weiterhin bestehenden Unsicherheiten ist es nach wie vor ratsam, bei der Handhabung von Gewinnausschüttungen Sorgfalt walten zu lassen.
- Während sich die CET1-Quote der österreichischen Banken in den letzten Jahren um den EU-Durchschnitt bewegte, lag ihr Verschuldungsgrad im März 2021 darüber (Österreich: 6,4%, EU: 5,6%); der Rückgang der Gewinne war weniger deutlich (RoA für Österreich: 0,52%, EU: 0,49%), da die heimischen Banken von den höheren Margen in CESEE profitierten. In seiner jüngsten Artikel-IV-Konsultation mit Österreich stellte der Internationale Währungsfonds (IWF) fest, dass sich das österreichische Finanzsystem während der Pandemie als widerstandsfähig erwiesen hat, wies jedoch darauf hin, dass Risiken sowie Schwachstellen, die bereits vor der Pandemie bestanden hatten, behandelt werden müssen.
- In seiner Sitzung vom September 2021 empfahl das Finanzmarktstabilitätsgremium (FMSG) der österreichischen Finanzmarktaufsicht (FMA), den antizyklischen Kapitalpuffer (AKZP) ab 1. Jänner 2022 in Höhe von 0% der risikogewichteten Aktiva beizubehalten. Die seit dem zweiten Quartal 2020 positive Lücke zwischen dem Verhältnis von Kreditvolumen und Bruttoinlandsprodukt und dessen Trend geht weiterhin auf den starken Rückgang des österreichischen BIP in Folge der COVID-19-Pandemie zurück. Zugleich mehren sich Anzeichen, dass die Kreditentwicklung sich von der Wirtschaftsentwicklung entkoppelt. Bis zum ersten Quartal 2021 ist das Kreditwachstum relativ zum Wirtschaftswachstum hoch geblieben. Angesichts der weiterhin erhöhten Unsicherheiten hinsichtlich der künftigen Entwicklungen wies das FMSG darauf hin, dass es für die weitere Beurteilung der Notwendigkeit, einen höheren AZKP zu empfehlen, wesentlich sei, ob im Zuge der wirtschaftlichen Erholung eine nachhaltige Verbesserung der für den AZKP relevanten Indikatoren eintritt.
- Die Systemrisiken im Zusammenhang mit der Finanzierung von Wohnimmobilien sind im Ansteigen begriffen. Die aktuelle Situation ist weiterhin durch hohes Immobilienpreis- und Kreditwachstum, niedrige Kreditzinsen, hohen Wettbewerb und niedrige Margen in Verbindung mit hohen Schuldendienst- und Beleihungsquoten gekennzeichnet. Das FMSG unterstrich, dass die Sicherstellung nachhaltiger Kreditvergabestandards für die Immobilienfinanzierung in Österreich wesentlich ist, und ersuchte die OeNB aus diesem Grund, eine umfassende Analyse der Systemrisiken vorzubereiten. Die OeNB hat außerdem ihre Überwachungstätigkeit im Hinblick auf Systemrisiken durch gewerbliche Immobilienkreditvergabe verstärkt.

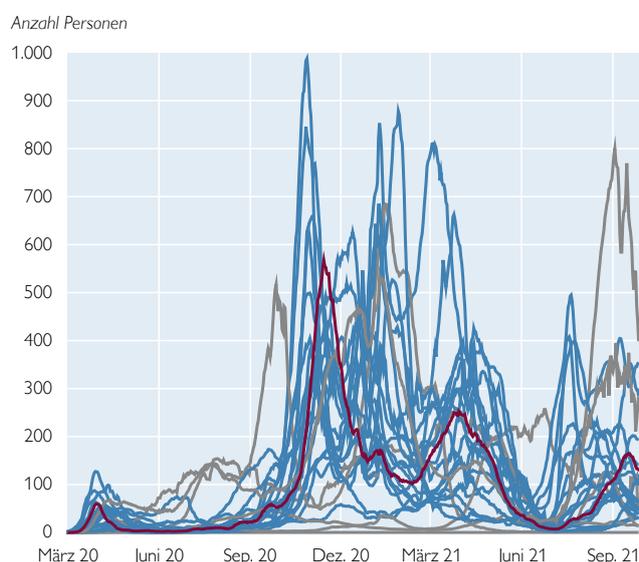
Die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie bestimmen weiterhin maßgeblich die Wirtschaftsentwicklung

1.1 Vierte Infektionswelle in Europa im Herbst 2021

Die COVID-19-Pandemie und damit einhergehenden gesundheitspolitischen Maßnahmen haben weiterhin Einfluss auf die europäische Wirtschaftsentwicklung. Die Verfügbarkeit der Impfung, die klimatischen Bedingungen während des Sommers, flankiert mit den weiterhin umfangreichen Testmöglichkeiten, resultierte in Österreich im Frühsommer zunächst in einer Entspannung der Lage. Die in der Zwischenzeit dominierende Delta-Variante des Virus führt jedoch seit dem Spätsommer zu einem erneuten Anstieg der Infektionen in Österreich. Abhängig vom jeweiligen Anteil an geimpften Personen je Land wird die vierte Infektionswelle im Winter 2021/22 von Land zu Land unterschiedlich ausfallen. Daraus leiten sich unterschiedliche direkte Kosten für die jeweilige Volkswirtschaft ab (vor allem durch Quarantäne, Krankenstände, die Notwendigkeit der zusätzlichen Kinderbetreuung, medizinische Kosten). Darüberhinausgehend würden zusätzliche Eindämmungsmaßnahmen – wie jene im Winter 2020/21 – im Falle einer Überlastung der medizinischen Versorgung dämpfend auf die Wirtschaftsentwicklung wirken.

Grafik 1

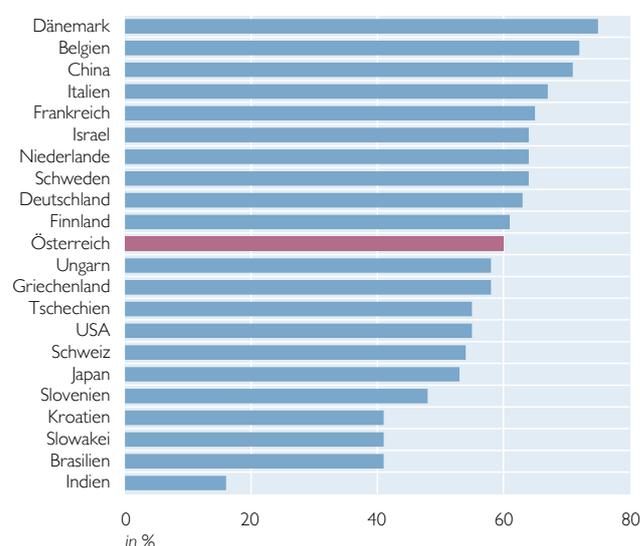
Covid-19-Infektionen je 100.000 Einwohner – 7 Tages-Inzidenz



Quelle: Macrobond, WHO.

Anmerkung: rot: Österreich; blau: Belgien, Kroatien, Tschechische Republik, Dänemark, Finnland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Ungarn, Italien, Niederlande, Portugal, Slowakei, Slovenien, Spanien, Schweden, Schweiz; blau: Vereinigtes Königreich; grau: Brasilien, China, Indien, Israel, Japan, USA.

Anteil der vollständig geimpften Personen an der Gesamtbevölkerung



Quelle: Our World in Data; Stand 27. September 2021.

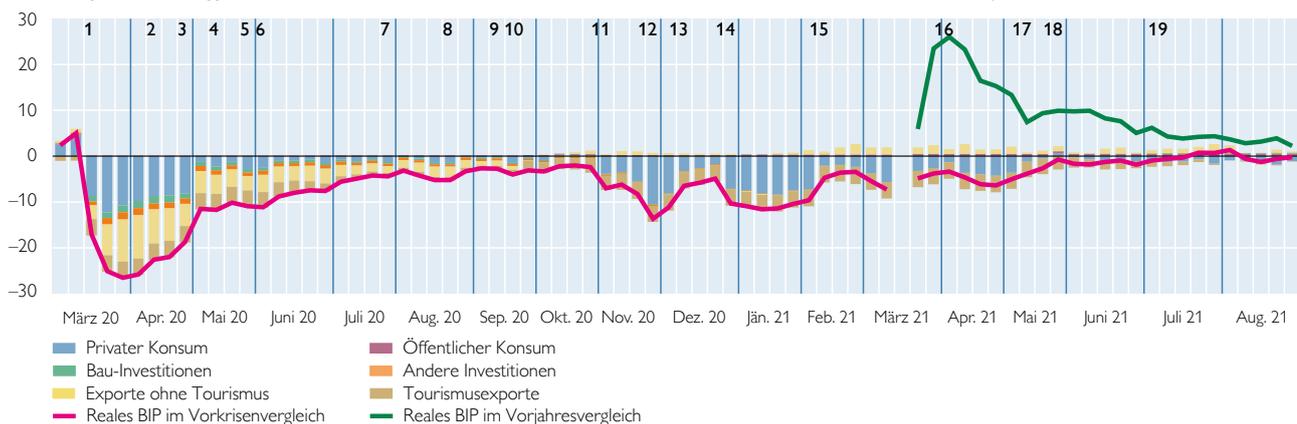
1.2 Wirtschaftsleistung im Sommer 2021 auf dem Niveau von 2019

Die COVID-19-Pandemie hat mit dem Inkrafttreten des ersten Lockdowns am 16. März 2020 zum tiefsten und abruptesten Konjunkturerinbruch der Nachkriegsgeschichte in Österreich geführt. Während des ersten Lockdowns im Frühjahr 2020 brach die Wirtschaftsleistung um knapp ein Viertel ein. Alle wichtigen Wirtschaftszweige und Nachfragekomponenten waren betroffen – insbesondere die Industrieproduktion und die Güterexporte wegen eingeschränkter Produktionsbedingungen und unterbrochener Lieferketten, sowie die Freizeitindustrie wegen der Lockdown-Maßnahmen. Viele Sektoren und Nachfragekomponenten erholten sich bis Ende des Sommers 2020 deutlich. Im Oktober 2020 lag das BIP nur mehr 2½% unter dem Vorjahreswert. Mit der zweiten Infektionswelle im Winter 2020/21 und dem zweiten und dritten harten Lockdown kam es allerdings erneut zu einem BIP-Rückgang. Im Gegensatz zum ersten Lockdown waren die Wirtschaftssektoren diesmal sehr unterschiedlich betroffen und die Wirtschaftsleistung brach nur halb so stark ein wie im Frühjahr 2020. Sinkende Neuansteckungszahlen ab Anfang April 2021 führten dazu, dass die Eindämmungsmaßnahmen nach und nach gelockert wurden und Mitte Mai auch die Gastronomie und Hotellerie wieder aufsperrten konnten. Diese Öffnungsschritte bewirkten im zweiten Quartal 2021 eine deutliche Belebung der wirtschaftlichen Aktivität und Ende Juli erreichte die Wirtschaftsleistung erstmals seit Ausbruch der Covid-19-Krise wieder das Vorkrisenniveau. Im August schwankte laut dem wöchentlichen BIP-Indikator der OeNB die Wirtschaftsleistung um das entsprechende Niveau der Vergleichswochen im Jahr 2019.

Grafik 2

Wöchentlicher BIP-Indikator für Österreich

Veränderung des realen BIP ggü. der entsprechenden Kalenderwoche im Vorkrisenzeitraum bzw. der entsprechenden Kalenderwoche des Vorjahres in %



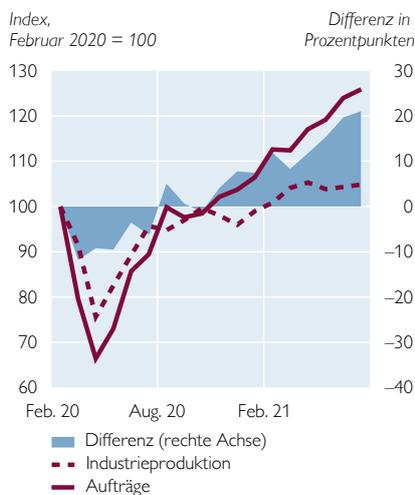
1.3 Lieferengpässe dämpfen Wirtschaftserholung

Im Zuge der COVID-19-Pandemie kam es seit Jahresbeginn 2021 zu einem sprunghaften Anstieg der globalen Nachfrage bei gleichzeitigen Veränderungen der Nachfragestruktur. Dies führte weltweit zu Lieferverzögerungen, Materialknappheiten und Preissteigerungen von bestimmten Rohstoffen und Zwischenprodukten. In der Folge können in der heimischen Industrie aktuell bestehende Aufträge trotz vorhandener freier Kapazitäten nicht im gewünschten Ausmaß abgearbeitet werden. Laut Schätzung der Oesterreichischen Nationalbank dämpfen diese Effekte die österreichische Wirtschaftsleistung im zweiten und dritten Quartal 2021 um rund eine drei viertel Milliarde Euro. Deutschland ist von den aktuellen Materialengpässen mehr als doppelt so stark betroffen wie Österreich. Dies erklärt sich durch die unterschiedlichen Industrieschwerpunkte der beiden Staaten: Insbesondere hat die Automobilbranche in Deutschland eine höhere Bedeutung, weiters bestehen unterschiedliche Positionen der deutschen und österreichischen Industrie innerhalb globaler Lieferketten. Diese Herausforderungen werden bis ins Jahr 2022 andauern, danach ist mit Aufholeffekten zu rechnen.

Grafik 3

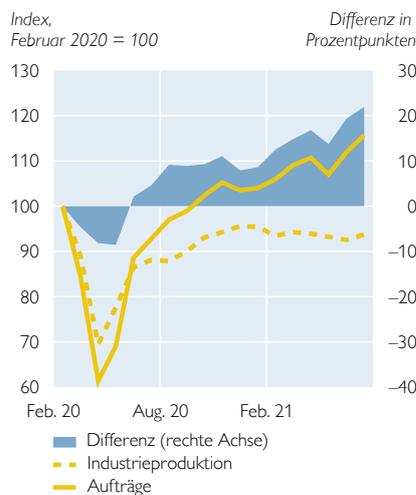
Angebotsseitige Engpässe haben sich im Herbst 2021 verschärft

Österreich



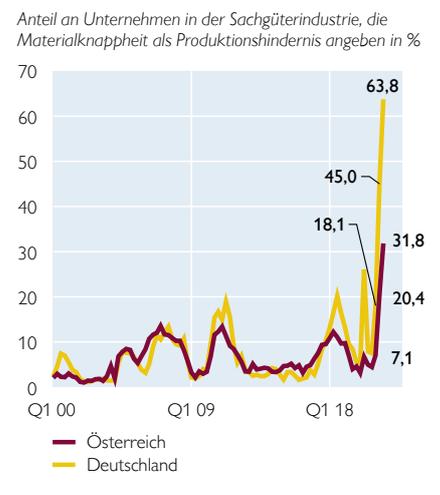
Quelle: Eurostat, Statistik Austria.

Deutschland



Quelle: Eurostat, Destatis.

Materialknappheit



Quelle: WIFO, ifo.

Anmerkung: Daten bis inklusiv Q3 21.

1.4 Tiefer Rezession 2020, folgt deutliche Erholung 2021

Die COVID-19-Pandemie führte im Jahr 2020 weltweit zu einem beispiellosen Wirtschaftseinbruch. In Österreich und dem Euroraum schrumpfte die Wirtschaftsleistung um rund 6 ½% im Vergleich zum Vorjahr. Mit einer zunehmenden Anzahl an geimpften Personen konnten viele Eindämmungsmaßnahmen im Frühjahr beendet werden, wodurch es zu einer starken Erholung kam; diese ist deutlich kräftiger und dynamischer ausfallen als nach vergangenen Krisen. Diese Entwicklung wurde dadurch unterstützt, dass die privaten Haushalte einen Teil des ungewollt angehäuften Sparvolumens nun ausgegeben haben und es mit Hilfe der staatlichen Maßnahmen gelungen ist, Insolvenzen gesunder Unternehmen weitgehend zu verhindern. In einzelnen Sektoren, wie beispielsweise im Städtetourismus, werden die Folgen der COVID-19-Krise jedoch weiterhin deutlich spürbar sein. Der erneute Anstieg der Infektionszahlen im Herbst vor dem Hintergrund einer nach wie vor hohen Anzahl ungeimpfter Personen stellt ein Abwärtsrisiko für die Prognose für 2021 und 2022 dar.

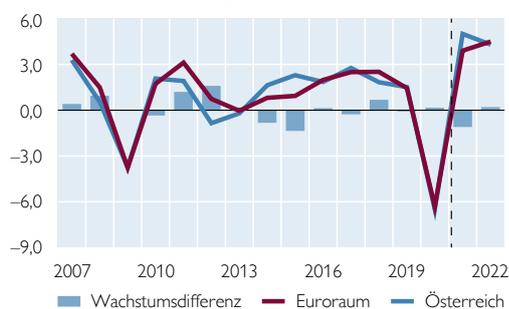
Vor dem Hintergrund des starken BIP-Zuwachses im zweiten Quartal und der sehr robusten Entwicklung im dritten Quartal kommt es im Jahr 2021 zu einer deutlichen Erholung der Wirtschaftsleistung, die bereits Ende des Jahres wieder das Niveau von vor der Krise erreichen wird. In Wachstumszahlen ausgedrückt erwarten sowohl der IWF als auch die OeNB eine Zunahme von rund 4% im Jahr 2021. Auch für das kommende Jahr unterscheiden sich die Prognosen – im Hinblick auf das nach wie vor sehr unsichere Umfeld – nur geringfügig. Im Juni prognostizierte die OeNB ein BIP-Wachstum von 4,2%. Nach einer Aktualisierung der OeNB-Prognose im Herbst rechnet die OeNB aktuell mit einem Zuwachs der Wirtschaftsleistung zwischen 4,5% und 5%, während der IWF einen Zuwachs von 4,5% prognostiziert.

Grafik 4

Österreich und der Euroraum: Wachstumsdifferenz und BIP pro Kopf

Wachstumsdifferenz zwischen Österreich und dem Euroraum

Reales BIP: Veränderung zum Vorjahr in %;
Wachstumsdifferenz in Prozentpunkten



Quelle: Eurostat, IWF.

BIP pro Kopf in Österreich im Vergleich zu EU-15

BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten;
Euroraum = 100



1.5 Kreditvergabe an nichtfinanzielle Unternehmen und private Haushalte

Während der COVID-19-Pandemie bildeten die Kredite der Banken einen zentralen Pfeiler der Außenfinanzierung der Unternehmen. Moratorien und staatliche Garantien für Kredite entlasteten die kreditnehmenden Unternehmen und ermöglichten es den Banken, neue Kredite zu vergeben. Die Bankenaufsicht unterstützte mittels Kapitalerleichterungen und operativen Entlastungen das Bankensystem bei der Aufrechterhaltung der Kreditvergabe, und das Eurosystem sorgte für weiterhin günstige Finanzierungsbedingungen, um die Kreditvergabe an den privaten Sektor für die Banken zu erleichtern. In den letzten Monaten hat sich das jährliche Kreditwachstum jedoch verlangsamt. Im Juli 2021 lag die Jahreswachstumsrate der Kredite Monetärer Finanzinstitute (MFI) bei 4,5 % (bereinigt um Reklassifizierungen, Bewertungsveränderungen und Wechselkurseffekte), gegenüber 7,2 % im April 2020. Ein Faktor für diese Abschwächung war die stark rückläufige Nutzung von COVID-19-bezogenen Moratorien, die sich zuvor durch die Reduzierung der Rückzahlungen auf die Kreditwachstumsraten ausgewirkt hatten. Ebenso hat die Bedeutung staatlicher Garantien für die Aufnahme von Bankkrediten in den vergangenen zwölf Monaten stark abgenommen. Hinzu kam, dass die in der ersten Phase der Pandemie aufgebauten beträchtlichen Liquiditätspuffer auch den Finanzierungsbedarf reduzierten. Der geringere Liquiditätsbedarf spiegelte sich auch in einer moderaten Ausweitung der kurzfristigen Kredite wider, während das jährliche Wachstum der längerfristigen Kredite angesichts der steigenden Unternehmensinvestitionen die Gesamtwachstumsrate übertraf.

Das Wachstum der Kredite an private Haushalte beschleunigte sich seit Beginn der Pandemie. In den zwölf Monaten bis Juli 2021 stieg die Jahreswachstumsrate von 3,7 % auf 4,7 %. Wie schon in den Vorjahren leisteten die Kredite für die Beschaffung

Grafik 5

MFI-Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen und private Haushalte

Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen

Veränderung zum Vorjahr in %



Kredite an private Haushalte

Veränderung zum Vorjahr in %



Quelle: OeNB.

und Erhaltung von Wohnraum den größten Beitrag zum Kreditwachstum. Dies liegt nicht nur daran, dass diese mit einem Anteil von mehr als zwei Drittel am ausstehenden Gesamtvolumen die wichtigste Kategorie der Kredite an Privathaushalte darstellen, sondern auch daran, dass sie im Juli 2021 mit 6,9% im Jahresvergleich die höchste Zuwachsrate aller Kreditkategorien verzeichneten. Mit dem Rückgang des Konsums von Gebrauchsgütern und dem gesunkenen Konsumentenvertrauen im Jahr 2020 sanken die Konsumkredite im Juli 2021 im Vorjahresvergleich um 2,5%. Die sonstigen Kredite, die Kredite an Einzelunternehmen und Personengesellschaften beinhalten, stiegen hingegen um 1,1% an.

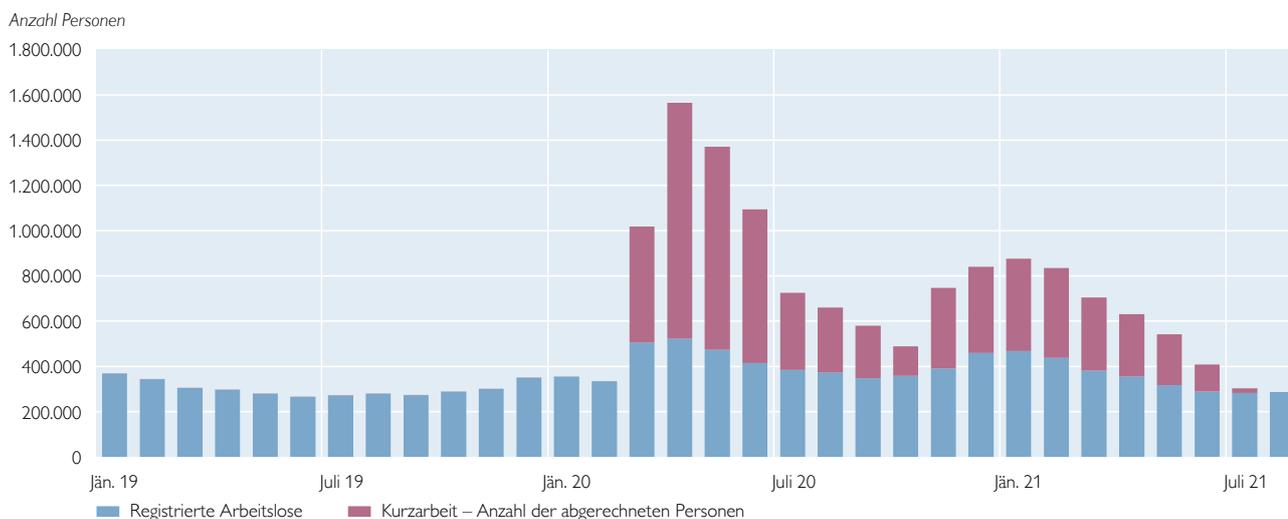
1.6 COVID-19-Pandemie führt zu deutlichem Anstieg der Arbeitslosigkeit

Die Situation auf dem österreichischen Arbeitsmarkt war vor dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie im internationalen Vergleich sehr positiv. Zwischen 2016 und 2019 stieg die Zahl der unselbstständig Beschäftigten jährlich um durchschnittlich 1,8%. Die Arbeitslosenquote entwickelte sich in den letzten Jahren anhaltend rückläufig und erreichte mit 4,8% im Jahresdurchschnitt 2019 den niedrigsten Wert seit dem Jahr 2008.

Mit dem ersten Lockdown stieg die Anzahl der Arbeitslosen um über 200.000 auf 534.000 Personen an. Einhergehend mit den Öffnungen im Sommer sank die Arbeitslosigkeit bis Anfang Oktober 2020 auf rund 340.000 Personen, diese Entwicklung wurde durch saisonale Fakten unterstützt (niedrigere Anzahl von Arbeitslosen im Sommer). Die Teil- und Voll-Lockdowns seit November 2020 sowie der saisonale Anstieg im Winter führten zu einem Anstieg der Anzahl der Arbeitslosen auf rund 470.000 Personen im Jänner 2021. Im Gegensatz zum ersten Lockdown war der zweite Anstieg aber vergleichsweise niedrig, da die staatlichen Umsatzunterstützungsmaßnahmen mit einem Kündigungsverbot einhergingen und die Kurzarbeitsregelung nochmals ausgeweitet wurde. Seit Mitte Jänner 2021

Grafik 6

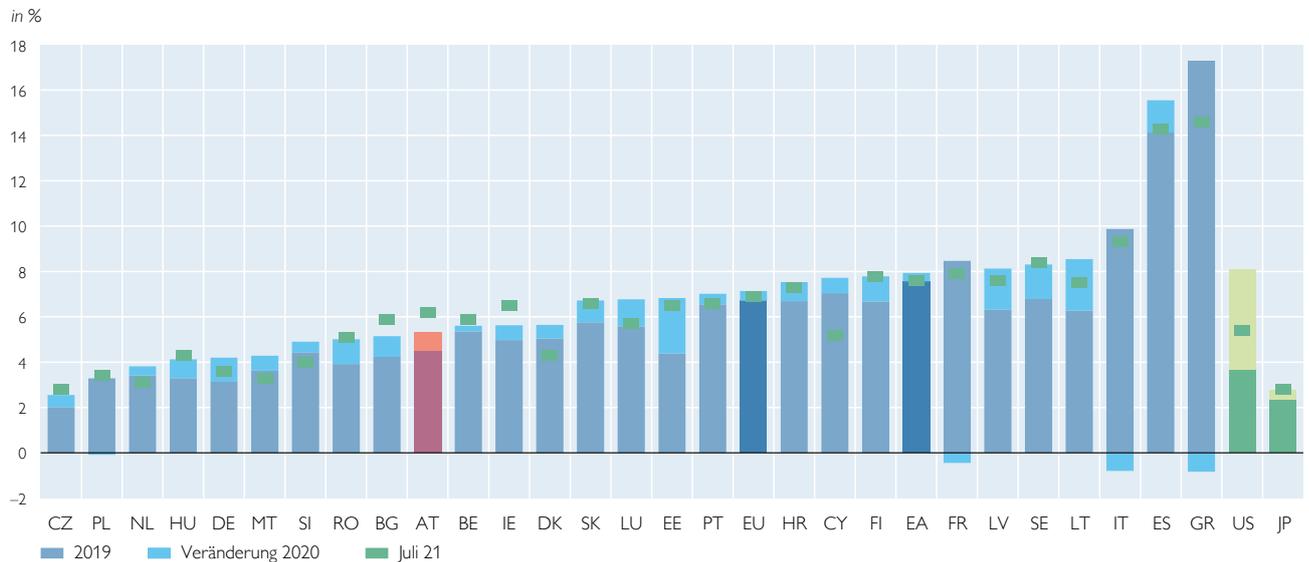
Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit



Quelle: AMS.

Anmerkung: Daten für die Anzahl der Personen in Kurzarbeit liegt nur bis Juli 2021 vor.

Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich



Quelle: Eurostat. EA = Euroraum.

sank die Arbeitslosigkeit kontinuierlich: Mitte September waren rund 270.000 Personen arbeitslos. Auf Wochenbasis lag die Anzahl der Arbeitslosen im September erstmals unter der Vergleichswoche im September 2019.

Ein stärkerer Anstieg der Arbeitslosigkeit wurde durch das Instrument der Kurzarbeit verhindert. Anstatt dass Unternehmen bei „vorübergehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten“ einen Teil ihrer Belegschaft kündigen, wurde die Arbeitszeit je Beschäftigten gleichmäßig gekürzt, und die Beschäftigten erhielten für die geleistete Arbeitszeit weiterhin ihr Entgelt vom Arbeitgeber, während der durch die Verkürzung der Arbeitszeit entstehende Verdienstentgang vom Arbeitsmarktservice (AMS) – also vom Staat – teilweise abgegolten wurde. Im April 2020 waren über eine Million Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Kurzarbeit. Nach einem Rückgang im Sommer 2020 stieg deren Anzahl im Jänner 2021 nochmals auf rund 410.000 Personen an, sank aber seitdem kontinuierlich.

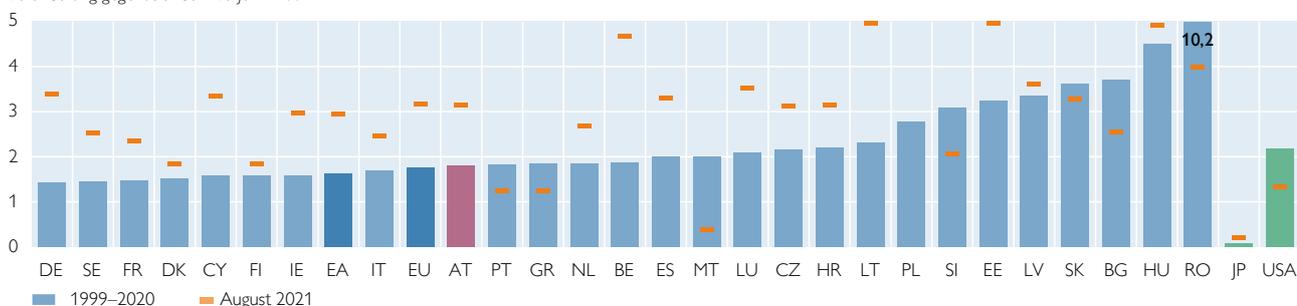
Die Arbeitslosenquote gemäß Eurostat-Definition stieg von 4,8% im Jahr 2019 auf 6,1% im Jahr 2020 und erreichte mit 7,1% im April 2021 den vorläufigen Höhepunkt. Bis Juli sank die Arbeitslosenquote auf 6,1% und liegt damit um rund 1 ½ Prozentpunkte unter dem Euroraum-Durchschnitt (7,6%).

1.7 Inflation 2021: das Ende der „Happy Hour“

Die durch die COVID-19-Pandemie weltweit ausgelöste Rezession führte Anfang 2020 zu einem Einbruch der Nachfrage nach Rohöl. Dieser Rohölpreistrückgang dämpfte zwischen April 2020 und Jänner 2021 die HVPI-Inflation entscheidend. Darüber hinaus wurde die HVPI-Inflation insbesondere durch den Nachfrageschock gedämpft. Infolge dieser beiden Effekte sank die österreichische HVPI-Inflationsrate von über 2% zu Jahresbeginn 2020 auf 0,6% im Mai und verharrte im Herbst/Winter auf Werten von knapp über 1%.

HVPI-Inflationsrate im internationalen Vergleich

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Eurostat, Statistics Bureau of Japan, U.S. Bureau of Labor Statistics.

Anmerkung: EA = Euroraum.

Durch die Erholung der Weltkonjunktur erholten sich die Rohstoffpreise auf das Vorkrisenniveau, aufgrund des starken Nachfrageanstiegs sogar vielfach darüber hinaus. Im Vergleich zum Krisenjahr 2020 ergeben sich somit im Jahresvergleich deutliche Preisanstiege, am offensichtlichsten bei Energiepreisen. Dies führte zu einem markanten Anstieg der österreichischen HVPI-Inflationsrate in den ersten fünf Monaten 2021, im Juni und Juli 2021 verharrte die HVPI-Inflation bei 2,8 % und stieg im August auf 3,2 %. Der Anstieg der Energiepreise erklärt hierbei drei Viertel des Gesamtanstiegs. Annähernd ein Viertel des Preisauftriebs geht auf Industriegüter ohne Energie und Nahrungsmittel zurück, während bei Dienstleistungen die Teuerungsrate zuletzt leicht niedriger war als zu Jahresbeginn.

Für das Jahr 2021 rechnet die OeNB mit einer HVPI-Inflation von 2,4 % und 2,2 % im Jahr 2022. (Stand September 2021). Im Gegensatz dazu rechnet der IWF noch mit einer Jahresinflation von 2,1 % und einem Rückgang auf 1,8 % im Jahr 2022, hierbei ist aber unklar, ob der IWF bereits die letzten hohen Realisierungen miteinbeziehen konnte.

1.8 Beispiellose fiskalische Maßnahmen zur Bekämpfung der Effekte der COVID-19-Pandemie resultieren in hohem Budgetdefizit und steigenden Staatsschulden

Das fiskalische Maßnahmenpaket in Österreich dient vor allem dazu, die Schäden aus der intendierten temporären Reduktion der (ökonomischen) Aktivität zu minimieren. Die zusätzlichen Ausgaben für das Gesundheitssystem durch die Pandemie sind vergleichsweise gering.

Liquiditätsstärkende Maßnahmen (Steuer- und Sozialversicherungsbeitragsstundungen, direkte Kredite, Garantien für Bankkredite) sowie Transfers (Fixkostenzuschuss) hatten das Ziel Konkurse zuvor gesunder Unternehmen zu verhindern bzw. das Produktionspotenzial der österreichischen Volkswirtschaft zu erhalten. Gleichzeitig wurde über die Subventionen für Kurzarbeit sichergestellt, dass Arbeitsplätze erhalten bleiben und die Produktion nach Ende der Containment-Maßnahmen schnell wieder aufgenommen werden konnte bzw. werden kann. Das Instrument der Kurzarbeit diente auch zur sozialen Abfederung der Containment-Maßnahmen, da sie viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor großen Einkommensverlusten durch Arbeitslosigkeit bewahrt. Die Transfers an

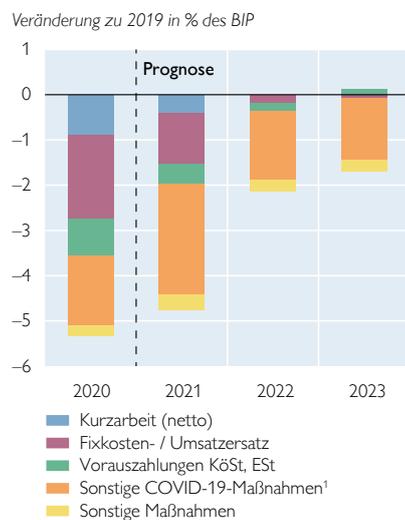
Ein-Personen-Unternehmen und Kleinstunternehmer aus dem Härtefallfonds lassen sich ebenfalls als eine Form von „Arbeitslosengeld für Selbstständige“ während der Krise interpretieren. Der sozialen Abfederung diene auch die Angleichung der Höhe der Notstandshilfe an jene des Arbeitslosengeldes.

Seit dem Sommer 2020 wurden zudem einige Maßnahmen zur Stimulierung von (privaten und öffentlichen) Konsum- und Investitionsausgaben im Sinne eines „klassischen“ Konjunkturpakets beschlossen. Die Senkung der Lohn- und Einkommensteuer (von 25 % auf 20 % in der untersten Steuerstufe) und die Erhöhung der Negativsteuer in der Einkommensteuer verbessern das verfügbare Haushaltseinkommen ebenso wie der einmalige Kinderbonus. Dieser Maßnahmenmix verfolgt das Ziel einer Belebung der privaten Konsumnachfrage, insbesondere von einkommensschwachen Haushalten. Durch die Verhinderung von Liquiditätsengpässen bei Unternehmen (Verlustrücktrag für negative betriebliche Einkünfte des Jahres 2020 auf die im Vorjahr erzielten Gewinne, Senkung der Mehrwertsteuer in Hotellerie und Gastgewerbe, Publikationen und Kultur) und durch Implementierung von Investitionsanreizen (degressive Absetzung für Abnutzung, Investitionsprämie) wird die Investitionstätigkeit angeregt. Um das mittel- bis langfristige Wachstumspotenzial zu steigern und zur Ökologisierung der Wirtschaft wurden eine Reihe von öffentlichen (Investitions-)Maßnahmen angekündigt. Zusätzlich wurde eine finanzielle Stärkung von Ländern und Gemeinden beschlossen, die im Zuge der pandemiebedingten Maßnahmen deutliche Einnahmefälle hinnehmen mussten. Dadurch wird eine stärkere Finanzierungsbeteiligung des Bundes bei Projekten/ Investitionsvorhaben der Länder und Gemeinden angestrebt.

Die budgetären Effekte dieser Maßnahmen sind sehr unterschiedlich. Transfers an Unternehmen und Haushalte sowie Steuerreduktionen führen zu einer Verschlechterung des Budgetsaldos. Kredite, Garantien und Haftungen werden nur dann budgetrelevant (ausgabenerhöhend), wenn sie schlagend werden. Steuer- bzw. Sozialversicherungsstundungen werden nach ESVG 2010 und derzeitiger Verbuchungspraxis nur teilweise budgetwirksam. Grafik 9 zeigt einen Überblick über das Volumen und den zeitlichen Verlauf der für den Budgetsaldo wirksamen Maßnahmen auf Basis der OeNB-Prognose vom Juni 2021. Die Grafik verdeutlicht dass die drei quantitativ bedeutsamsten Maßnahmen temporärer Natur sind: Dies betrifft die Kurzarbeit, die Subventionen für Fixkosten und Umsatzentgang sowie die Stundungen und Vorauszahlungsherabsetzungen bei der veranlagten Einkommensteuer sowie der Körperschaftsteuer. Andere Maßnahmen wie die Einkommensteuersenkung oder diverse Investitionsanreize wirken hingegen über die Pandemie hinaus.

Grafik 9

Budgetäre Wirkung diskretionärer Maßnahmen



Nach deutlichen Budgetüberschüssen in den Jahren 2018 und 2019 kam es 2020 zu einer massiven Verschlechterung des Budgetsaldos. Dies ist zum einen auf die oben genannten Maßnahmen zurückzuführen, zum anderen erfüllen die automatischen Stabilisatoren ihre Wirkung und führen zu konjunkturell bedingten Mindereinnahmen und Mehrausgaben. Auch die Schuldenquote stieg im Jahr 2020 stark an, nachdem sie von 2015 bis 2019 deutlich zurückgegangen war. Dieser Anstieg ist neben dem hohen Budgetdefizit auch auf den sinkenden Nenner der Schuldenquote (das BIP) zurückzuführen. Als Mitglied des europäischen Fiskalrahmenwerks hat Österreich grundsätzlich die Zielwerte für die Defizitquote (3 % des BIP) und die Schuldenquote (60 % des BIP bzw. hinreichend rückläufig) sowie den strukturellen Budgetsaldo zu erreichen. Diese haushaltspolitischen Vorgaben wurden nach Beurteilung der Europäischen Kommission 2019 eingehalten. Während der COVID-19-Pandemie wird die Flexibilität des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP) voll ausgeschöpft und die „allgemeine Ausweichklausel“ (General Escape Clause) aktiviert. Dadurch ist es den EU-Mitgliedstaaten möglich von den regulären haushaltspolitischen Vorgaben abzuweichen, ohne dass die Mechanismen des SWP formell ausgesetzt sind.

Gestärkte Resilienz der Banken als Schlüsselfaktor bei Bewältigung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie¹

2.1 Profitabilität und Kapitalisierung der österreichischen Banken

Geringere Kreditrisikovorsorgen unterstützen Profitabilität der österreichischen Banken

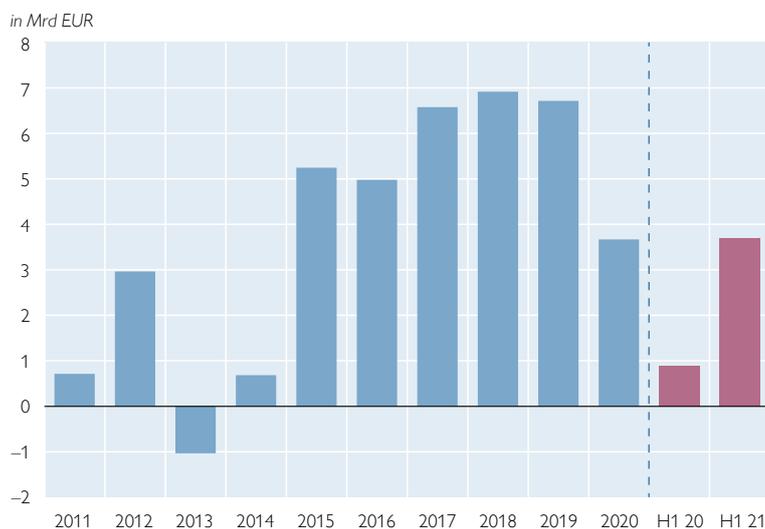
Im ersten Halbjahr 2021 stieg das konsolidierte Betriebsergebnis des österreichischen Bankensektors im Jahresvergleich um 51% an. Trotz stagnierender Zinserträge und eines negativen Handelsergebnisses wirkten sich nahezu alle Komponenten der Betriebserträge und -aufwendungen positiv auf die Ertragslage der Banken aus. Mit dem pandemiebedingten Rückgang der Verwaltungskosten der Banken sanken auch ihre Betriebsaufwendungen.

Die Kreditrisikovorsorgen, die die Ertragskraft der österreichischen Banken im Jahr 2020 beeinträchtigt hatten, gingen in der ersten Jahreshälfte 2021 auf 8% des Betriebsergebnisses zurück.

Damit konnte sich das konsolidierte Periodenergebnis erholen und betrug im Juni 2021 insgesamt 3,7 Mrd EUR (+322% im Jahresvergleich, siehe Grafik 10). In der Folge erreichte die durchschnittliche Gesamtkapitalrendite (RoA) 0,7% (H1 20: 0,2%).

Grafik 10

Konsolidiertes Periodenergebnis des österreichischen Bankensektors



Quelle: OeNB.

Tabelle 3

Gewinn- und Verlustrechnung des österreichischen Bankensektors, konsolidiert

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	Q2 21
in Mrd EUR										
Zinsergebnis	19,3	18,6	19,3	18,3	14,6	14,5	15,2	15,6	15,5	7,8
Provisionsergebnis	7,3	7,6	7,7	7,7	6,6	6,9	7,1	7,2	7,3	3,9
Handelsergebnis	1,1	0,7	0,4	-0,0	0,1	0,1	-0,6	-0,3	0,1	-0,4
Betriebserträge	37,7	35,3	28,7	28,1	22,4	22,8	24,0	25,0	24,8	12,8
Betriebsaufwendungen	25,6	27,3	19,8	17,6	16,7	14,8	15,7	16,7	16,5	7,9
Betriebsergebnis	12,1	8,0	8,9	10,5	5,7	8,1	8,4	8,3	8,2	4,9
Risikovorsorgen	6,4	7,0	6,8	4,7	1,2	1,0	0,4	1,0	3,7	0,4
Periodenergebnis nach Steuern	3,0	-1,0	0,7	5,2	5,0	6,6	6,9	6,7	3,7	3,7

Quelle: OeNB.

Anmerkung: Aufgrund der Umstrukturierungen bei der UniCredit Bank Austria im Jahr 2016 sind einzelne Aufwands- und Ertragspositionen ab 2016 nur eingeschränkt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

¹ Detailliertere Analysen zum österreichischen Bankensektor finden sich im Financial Stability Report der OeNB.

Zugleich bleiben die mit der COVID-19-Pandemie verbundenen Unsicherheiten sowie strukturelle Herausforderungen im Hinblick auf die Effizienz des österreichischen Bankensektors weiterhin bestehen, was sich in einer Aufwand-Ertrag-Relation von 61 % im Juni 2021 widerspiegelte.

Schwächeres Kreditwachstum in Österreich nach pandemiebedingter Beschleunigung – Wachstum der Hypothekarkreditvergabe weiterhin dynamisch

Infolge der wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie wurden bei den österreichischen Banken verstärkt Unternehmenskredite (v.a. Überbrückungskredite und Refinanzierungen) nachgefragt. Nach einer zunächst pandemiebedingten Beschleunigung sank das Wachstum der Unternehmenskredite jedoch im August 2021 auf 4,1 %, da die Nachfrage angesichts des rückläufigen Finanzierungsbedarfs für Anlageinvestitionen und des vermehrten Rückgriffs auf Innenfinanzierung signifikant nachgelassen hatte. Da die Attraktivität von Wohnungseigentum durch die Lockdowns gestiegen ist, beschleunigte sich angesichts der verstärkten Nachfrage nach Hypothekarkrediten das Wachstum der Kreditvergabe an private Haushalte auf 4,7 %. Insgesamt ging das Wachstum der Kreditvergabe an Nichtbanken, das im Vorjahresvergleich 3,7 % betrug, im August 2021 gegenüber 2020 zurück.

NPL-Quoten nach wie vor niedrig

Die in Österreich im Zuge der Pandemie ergriffenen Unterstützungsmaßnahmen (einschließlich Kreditmoratorien) trugen wesentlich dazu bei, dass es zu keinen großen Kreditausfällen kam. So blieb die konsolidierte Quote notleidender Kredite (NPL-Quote) auch Ende Juni 2021 auf einem niedrigen Niveau von 1,9 %. Zahlungsmoratorien und staatliche Garantien erwiesen sich während der Pandemie als wertvolle Unterstützung für Kreditnehmende. Mit Stand August 2021 betrug das Volumen der Zahlungsmoratorien 2,4 Mrd EUR und war somit um 90 % niedriger als zu seinem Höchststand im Juni 2020. Das bedeutet, dass die meisten Moratorien bereits ausgelaufen sind. Im Unterschied dazu stiegen die im Zuge der Pandemie gewährten staatlichen Garantien weiter an, wenn auch seit Ende 2020 deutlich weniger stark. Angesichts der nach wie vor erhöhten Kreditrisiken und der bestehenden Unsicherheit bezüglich des weiteren Verlaufs der Pandemie ist es unerlässlich, dass die Banken weiterhin über eine angemessene Kapitalausstattung verfügen.

Österreichische Banken widerstandsfähiger dank verbesserter Kapitalisierung

Mit Stand Juni 2021 meldeten die österreichischen Banken eine konsolidierte harte Kernkapitalquote (CET1-Quote) von 16,1 % (+50 Basispunkte gegenüber Ende 2019). Im Vergleich mit der vor der globalen Finanzkrise von 2008 verzeichneten Kapitalausstattung konnte der heimische Bankensektor seine Eigenmittelquote im Einklang mit den gestiegenen aufsichtlichen Anforderungen mehr als verdoppeln. Außerdem reduzierten die österreichischen Banken die Gewinnausschüttungen an ihre Aktionäre im Jahr 2020 deutlich, was zu einem Anstieg des Gesamtkapitals beitrug. Aufgrund der bestehenden Unsicherheiten ist es jedoch weiterhin ratsam, bei der Handhabung von Gewinnausschüttungen Sorgfalt walten zu lassen.

Exkurs: Das österreichische Bankensystem im Benchmark-Vergleich²

In den vergangenen Jahren entsprach die CET1-Quote der österreichischen Banken in etwa dem EU-Durchschnitt (Österreich: 16,1%, EU: 16,0%, Stand Ende Q1 21). Die Leverage-Quote der österreichischen Banken, die im Gegensatz zur CET1-Quote keine Risikogewichtung der Aktiva berücksichtigt, liegt wiederum über dem EU-Durchschnitt (Österreich: 6,4%, EU: 5,6%). Ferner war der Rückgang der Bankgewinne in Österreich weniger stark ausgeprägt als im EU-Durchschnitt (RoA für Österreich: 0,52%, EU: 0,49%), da die heimischen Banken nach wie vor von höheren Margen in CESEE profitieren (Österreich: 1,3%, EU: 1,1%). Nicht zuletzt sorgt die vergleichsweise niedrige NPL-Quote (Österreich: 1,9%; EU: 2,4%) dafür, dass die österreichischen Banken für den Wegfall des positiven Effekts der staatlichen Unterstützungsmaßnahmen auf das Kreditrisiko gut gerüstet sind.

In seiner Artikel-IV-Konsultation mit Österreich³ im Jahr 2021 stellte der Internationale Währungsfonds (IWF) fest, dass sich das österreichische Finanzsystem während der Pandemie als widerstandsfähig erwiesen hat, wies jedoch darauf hin, dass Risiken sowie Schwachstellen, die bereits vor der Pandemie bestanden hatten, wie etwa Risiken im Wohnimmobiliensektor oder hohe Betriebsaufwendungen der Banken, behandelt werden müssen. Laut IWF sollten während des Auslaufens der pandemiebedingten Maßnahmen die Kreditqualität, notleidende Kredite und Unternehmensinsolvenzen weiterhin genau beobachtet werden.

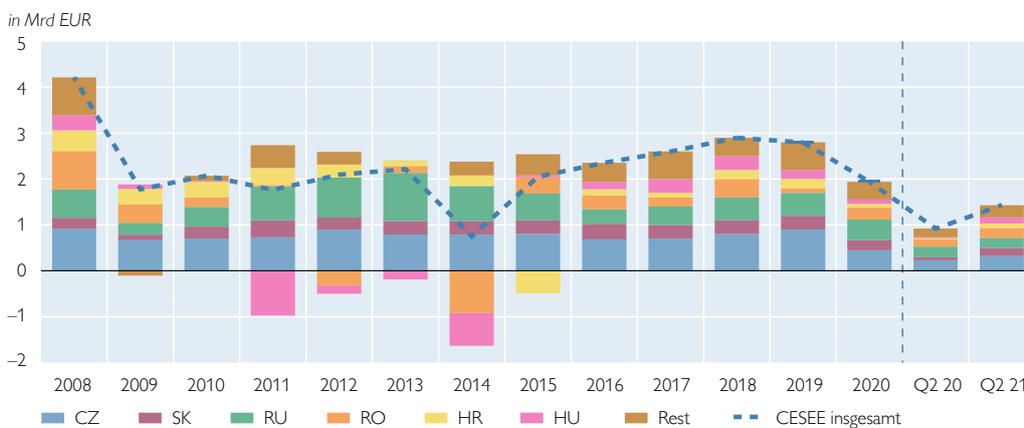
2.2 Profitabilität der österreichischen Banken in CESEE wieder auf Vorkrisenniveau

Mit einer aggregierten Bilanzsumme von 260 Mrd EUR und einem Marktanteil von 11% der österreichischen Tochterbanken in CESEE bleibt die Region ein wichtiger Markt für das heimische Bankensystem.

Im Vorjahresvergleich stieg das aggregierte Periodenergebnis (nach Steuern) der österreichischen Tochterbanken in CESEE im Juni 2021 um 56% auf 1,4 Mrd EUR.

Grafik 11

Periodenergebnisse der österreichischen Tochterbanken in CESEE



Quelle: OeNB.

Anmerkung: Die Werte für Q2 sind nicht mit Jahresendwerten vergleichbar.

² Die Daten in diesem Absatz beziehen sich auf Ende März 2021.

³ Siehe <https://www.oenb.at/Presse/Berichte/iwf-art-iv-und-fsap.html>.

Dabei verzeichneten die Institute in nahezu allen CESEE-Ländern steigende Gewinne, womit sich die Ertragslage wieder auf Vorkrisenniveau eingependelt hat. Einen wichtigen Beitrag zu dieser Erholung leisteten die Risikokosten, die nach einem starken, pandemiebedingten Anstieg im Jahr 2020 im ersten Halbjahr 2021 wieder zurückgingen.

Für die höchsten Beiträge zum konsolidierten Ergebnis der österreichischen Banken sorgten Tochterbanken in Tschechien, Russland, Rumänien und der Slowakei.

Angesichts der anhaltenden Unsicherheiten ist es weiterhin von äußerster Wichtigkeit, dass die österreichischen Banken und ihre Tochterinstitute in CESEE einen hohen Grad an Transparenz bezüglich der Qualität ihrer Kreditportfolios aufrechterhalten.

2.3 Makroprudenzielle Maßnahmen stärken Finanzmarktstabilität

Kreditwachstum im Verhältnis zum BIP-Wachstum weiterhin hoch

In seiner Sitzung vom September 2021 empfahl das Finanzmarktstabilitätsgremium (FMSG) der österreichischen Finanzmarktaufsicht (FMA), den antizyklischen Kapitalpuffer (AKZP) ab 1. Jänner 2022 in Höhe von 0 % der risikogewichteten Aktiva beizubehalten. Die seit dem zweiten Quartal 2020 positive Lücke zwischen dem Verhältnis von Kreditvolumen und BIP und dessen Trend geht weiterhin auf den starken Rückgang des BIP als Folge der Covid-19-Pandemie zurück. Allerdings mehren sich die Anzeichen, dass die Kreditentwicklung sich von der Wirtschaftsentwicklung entkoppelt. Bis zum ersten Quartal 2021 ist das Kreditwachstum im Verhältnis zum BIP-Wachstum hoch geblieben. Zusätzliche Indikatoren deuten auf eine niedrige Risikodifferenzierung und hohe Bewertungen auf den Finanzmärkten, eine erkennbare Risikoneigung der Banken und eine zunehmende Überbewertung von Immobilien hin. Dank staatlicher Interventionen und Unterstützungsmaßnahmen ging die Zahl der Insolvenzen in den Jahren 2020 und 2021 im Vergleich zu 2019 deutlich zurück. Angesichts der weiterhin erhöhten Unsicherheiten hinsichtlich der künftigen Entwicklungen wies das FMSG darauf hin, dass es für die weitere Beurteilung der Notwendigkeit, einen höheren AZKP zu empfehlen, wesentlich sei, ob im Zuge der wirtschaftlichen Erholung eine nachhaltige Verbesserung der für den AZKP relevanten Indikatoren eintritt. Von den beobachteten Indikatoren sind besonders die Kreditdynamik, die Kreditvergabestandards für Hypothekarkredite, die Risikoneigung der Banken, die Entwicklung der Verschuldung von Haushalten und Unternehmen sowie die Unsicherheit bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung hervorzuheben.

Anstieg systemischer Risiken aus der Wohnimmobilienfinanzierung

Die aktuelle Situation ist weiterhin durch hohes Immobilienpreis- und Kreditwachstum, niedrige Kreditzinsen, hohen Wettbewerb und niedrige Margen in Verbindung mit hohen Schuldendienst- und Beleihungsquoten gekennzeichnet. Das FMSG unterstrich, dass die Sicherstellung nachhaltiger Kreditvergabestandards für die Immobilienfinanzierung in Österreich wesentlich ist, und ersuchte daher die OeNB (gemäß ihren Aufgaben nach § 44c Nationalbankgesetz), eine umfassende Analyse der Systemrisiken als Grundlage für eine etwaige Empfehlung des FMSG vorzubereiten. Die OeNB hat außerdem ihre Überwachungstätigkeit im Hinblick auf Systemrisiken durch gewerbliche Immobilienkreditvergabe verstärkt.

Fremdwährungskredite in Österreich und CESEE weiterhin rückläufig

Die von OeNB und FMA⁴ frühzeitig ergriffenen aufsichtlichen Maßnahmen haben dazu beigetragen, dass Fremdwährungskredite in Österreich deutlich zurückgegangen sind und kein systemisches Risiko darstellen. Im ersten Halbjahr 2021 sank das Volumen ausstehender Fremdwährungskredite an private Haushalte in Österreich im Vorjahresvergleich um 10,8 % (wechsellkursbereinigt) auf 10,2 Mrd EUR. Dies entspricht einem Anteil am Gesamtbestand der ausstehenden Kredite von 5,7 % (nach 6,6 % im Dezember 2020). Das Volumen der von österreichischen Tochterbanken in CESEE vergebenen Fremdwährungskredite an private Haushalte fiel im ersten Halbjahr 2021 um 2,3 % (wechsellkursbereinigt) auf 9,2 Mrd EUR. Somit machen Fremdwährungskredite 11,9 % der insgesamt ausstehenden Kredite aus; rund drei Viertel davon sind in Euro denominated.

Ausgewogene Finanzierung der österreichischen Tochterbanken in CESEE

Mit Blick auf die Stärkung der Finanzstabilität in Österreich und den Gastländern sind die OeNB und die FMA darauf bedacht, die stabile lokale Refinanzierungsbasis österreichischer Tochterbanken im Ausland zu stärken und exzessives Kreditwachstum zu vermeiden.⁵ Das laufende Monitoring zeigt, dass die österreichischen Tochterbanken in CESEE über eine ausgeglichene Finanzierungsbasis verfügen. Im Juni 2021 betrug die Kredite-Einlagen-Quote 72 %.

⁴ Siehe auch <https://www.oenb.at/finanzmarkt/finanzmarktstabilitaet/besonderheiten-des-oesterreichischen-bankwesens/fremdwahrungskredite.html>.

⁵ Siehe auch <https://www.oenb.at/finanzmarkt/finanzmarktstabilitaet/besonderheiten-des-oesterreichischen-bankwesens/nachhaltigkeit-der-geschaeftsmodelle.html>.

3 Anhang: Tabellen und Grafiken

Tabelle A1

Bruttoinlandsprodukt real

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>									
Österreich	2,9	0,7	0,0	0,7	1,0	2,0	2,4	2,6	1,4	-6,3
Euroraum	1,7	-0,9	-0,2	1,4	2,0	1,9	2,6	1,9	1,5	-6,3
EU	1,8	-0,4	0,3	1,8	2,3	2,0	2,6	2,0	1,7	-6,3

Verbraucherpreisindizes

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>									
Österreich	3,6	2,6	2,1	1,5	0,8	1,0	2,2	2,1	1,5	1,4
Euroraum	2,7	2,5	1,4	0,4	0,2	0,2	1,5	1,8	1,2	0,3
EU	3,1	2,6	1,5	0,6	0,1	0,2	1,7	1,9	1,5	0,7

Arbeitslosenquoten

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
	<i>in % der Erwerbstätigen</i>									
Österreich	4,9	5,2	5,7	6,0	6,2	6,5	5,9	5,2	4,8	6,1
Euroraum	119,7	131,1	137,1	130,5	120,9	109,7	98,1	87,6	80,8	85,4
EU	123,5	137,5	144,7	139,9	130,7	120,8	109,1	98,5	90,8	95,0

Leistungsbilanzsalden

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
	<i>in % des BIP</i>									
Österreich	1,6	1,5	1,9	2,5	1,7	2,7	1,4	1,3	2,8	2,5
Euroraum	0,9	2,3	2,9	3,1	3,5	3,6	3,6	3,6	3,2	2,9
EU	0,5	1,2	1,7	1,6	1,8	2,0	2,3	2,2	2,2	3,0

Budgetsalden

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
	<i>in % des BIP</i>									
Österreich	-2,6	-2,2	-2,0	-2,7	-1,0	-1,5	-0,8	0,2	0,6	-8,9
Euroraum	-4,2	-3,7	-3,0	-2,5	-2,0	-1,5	-0,9	-0,5	-0,6	-7,2
EU	-4,1	-3,6	-2,9	-2,4	-1,9	-1,4	-0,8	-0,4	-0,5	-6,9

Staatsschuldenquoten

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
	<i>in % des BIP</i>									
Österreich	82,4	81,9	81,3	84,0	84,9	82,8	78,5	74,0	70,5	83,9
Euroraum	87,9	90,9	92,8	93,0	91,1	90,3	87,9	85,9	84,1	98,2
EU	81,9	84,8	86,4	86,6	84,8	84,0	81,5	79,5	77,5	90,7

Source: Eurostat, Statistics Austria, OeNB.

Tabelle A2

Zinszahlungen des Staates

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
	<i>in % des BIP konsolidiert</i>									
Zinszahlungen des Staates	2,8	2,7	2,6	2,4	2,3	2,1	1,8	1,6	1,4	1,3

Verschuldung der Haushalte

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
	<i>in % des verfügbaren Nettoeinkommens</i>									
Österreich	93,3	91,1	90,8	90,5	92,1	92,0	90,5	90,1	89,8	94,2
Euroraum	120,1	119,4	118,2	116,5	116,4	115,5	115,5	114,4	115,6	118,5
	<i>in % des BIP</i>									
Österreich	53,6	53,0	52,0	51,8	51,6	51,8	51,0	50,4	50,2	54,5
Euroraum	70,8	70,1	69,0	67,5	66,5	65,8	65,3	64,6	65,0	70,2

Verschuldung des Unternehmenssektors¹

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
	<i>in % des Bruttobetriebsüberschusses²</i>									
Österreich	382,2	389,2	418,5	398,0	394,8	388,2	397,1	394,5	399,3	400,9
Euroraum	500,9	524,0	509,1	520,8	516,1	511,2	493,7	496,3	487,5	541,3
	<i>in % des BIP</i>									
Österreich	92,2	91,7	95,6	91,6	91,6	91,8	92,4	92,0	90,8	98,9
Euroraum	103,1	104,6	102,3	105,5	108,9	109,3	106,8	106,0	104,6	113,8

Immobilienpreisindex

	2016	2017	2018	2019	2020	Q2 20	Q3 20	Q4 20	Q1 21	Q2 21
	<i>Index 2000 = 100</i>									
Österreich ohne Wien	166,7	174,9	189,8	194,8	209,4	206,9	214,1	217,2	227,3	233,3
Wien	217,2	220,4	232,0	243,2	259,6	255,6	265,1	268,0	276,8	283,0
	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>									
Österreich ohne Wien	9,1	4,9	8,5	2,6	7,5	6,8	9,7	10,7	14,0	12,8
Wien	3,8	1,5	5,2	4,9	6,7	4,1	9,4	9,4	10,9	10,7

Quelle: Statistik Austria, EZB, OeNB, Prof. Wolfgang Feilmayr, Department für Raumplanung, TU Wien.

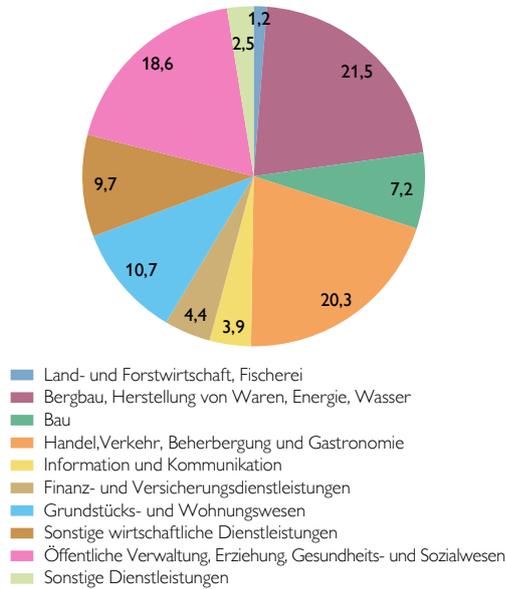
¹ Kurzfristige und langfristige Kredite, Geld- und Kapitalmarktpapiere.

² Inklusive Einkommen aus Selbstständigkeit.

Grafik A1

Bruttowertschöpfung 2020 in Österreich

in % der gesamten Bruttowertschöpfung, nominell



Quelle: Statistik Austria.

Grafik A2

Veränderung der Immobilienpreise zwischen 2012 und 2020

Veränderung zum Jahr 2012 in %



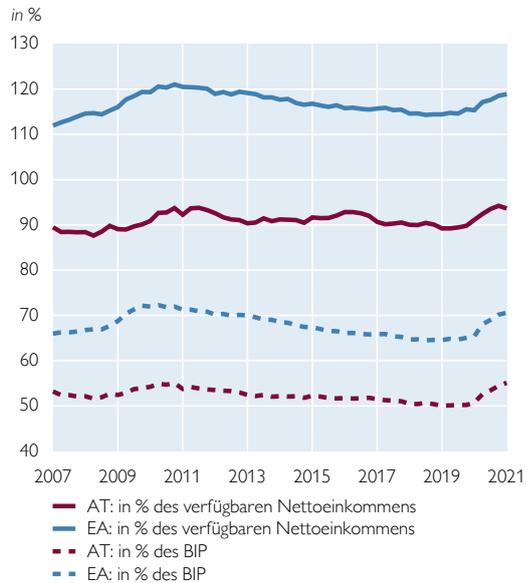
Quelle: EZB.

Anmerkung: Preise von neuen und gebrauchten Wohnimmobilien (nominell); EA = Euroraum.

Grafik A3

Verschuldung des Haushalts- und Unternehmenssektors in Österreich und dem Euroraum

Verschuldung des Haushaltssektors



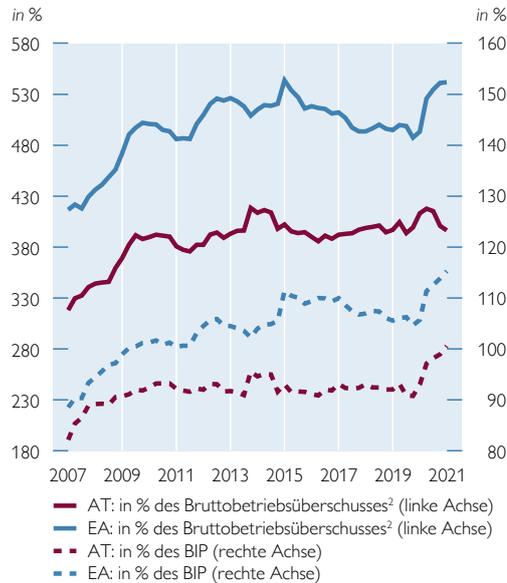
Quelle: EZB.

Anmerkung: EA = Euroraum; Daten bis inklusive 1. Quartal 2021.

¹ Kurzfristige und langfristige Kredite, Geld- und Kapitalmarktpapiere.

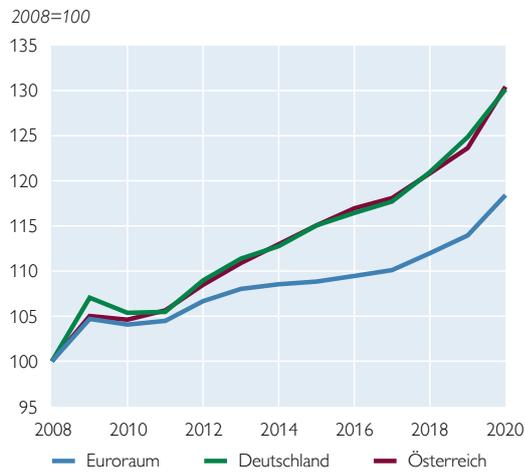
² Inklusive Einkommen aus Selbstständigkeit.

Verschuldung der Unternehmen¹



Internationale Wettbewerbsfähigkeit

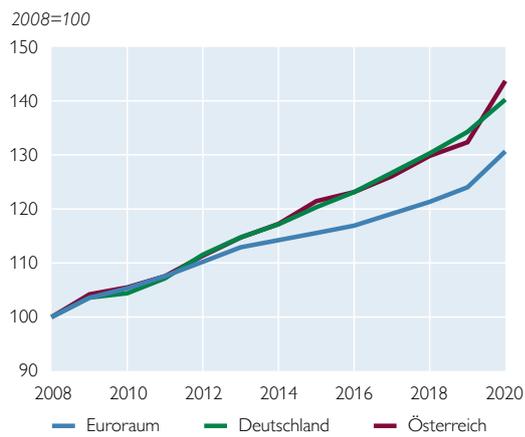
Lohnstückkosten (nominal)



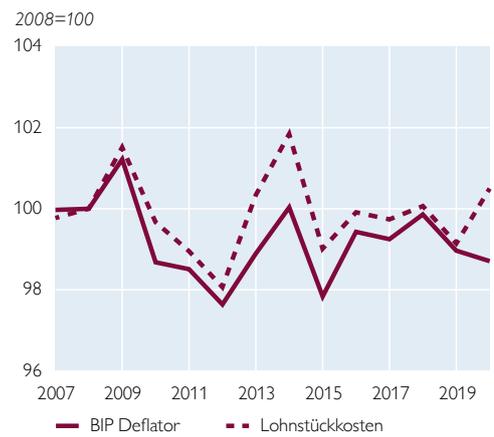
Produktivität pro geleisteter Arbeitsstunde



Stundenlohn



Real-effektiver Wechselkurs für Österreich



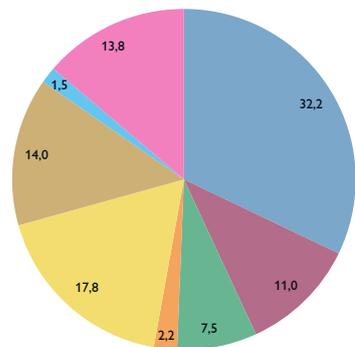
Quelle: Eurostat; Real-effektiver Wechselkurs: EZB.

Grafik A5

Österreichische Güterexporte nach Regionen

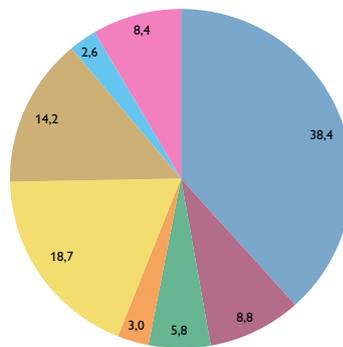
1980

in %



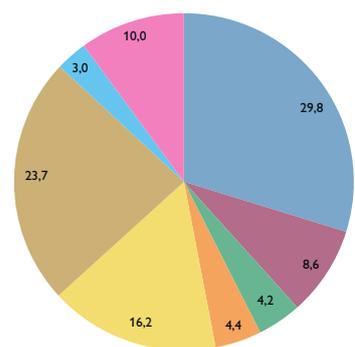
1995

in %



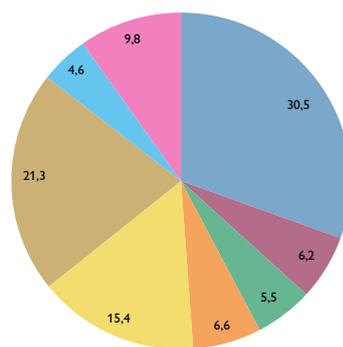
2008

in %



2020

in %



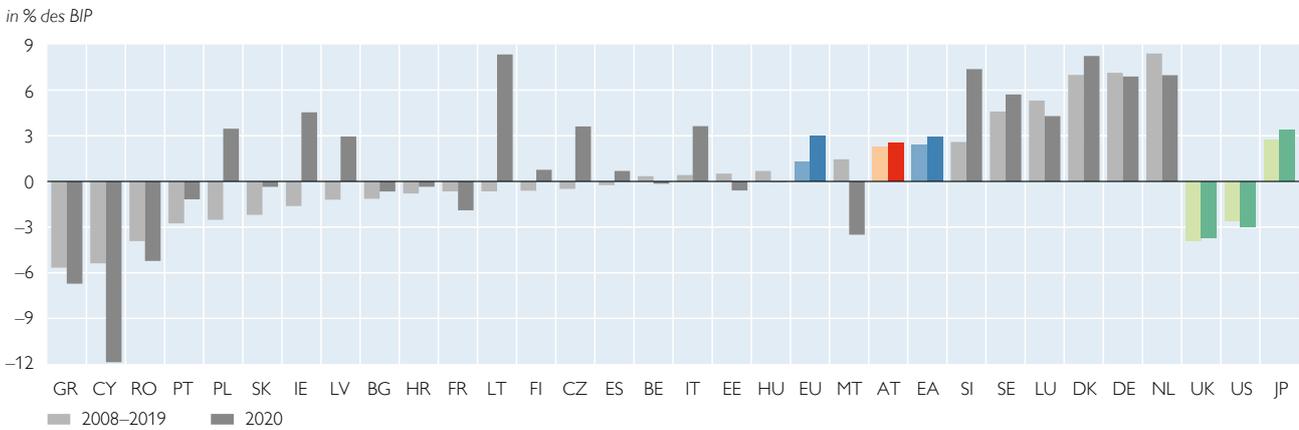
■ Deutschland
 ■ Italien
 ■ Schweiz
 ■ USA
 ■ EU-12
 ■ CESEE
 ■ Asien
 ■ Rest der Welt

Quelle: Statistik Austria.

Anmerkung: Asien: CN, JP, KR; EU-12: BE, DK, FI, FR, GR, IE, LU, NL, PT, ES, SE, UK; CESEE: BG, EE, LV, LT, PL, RO, SK, SI, CZ, HU, AL, BA, HR, ME, RS, BY, MD, RU, UA.

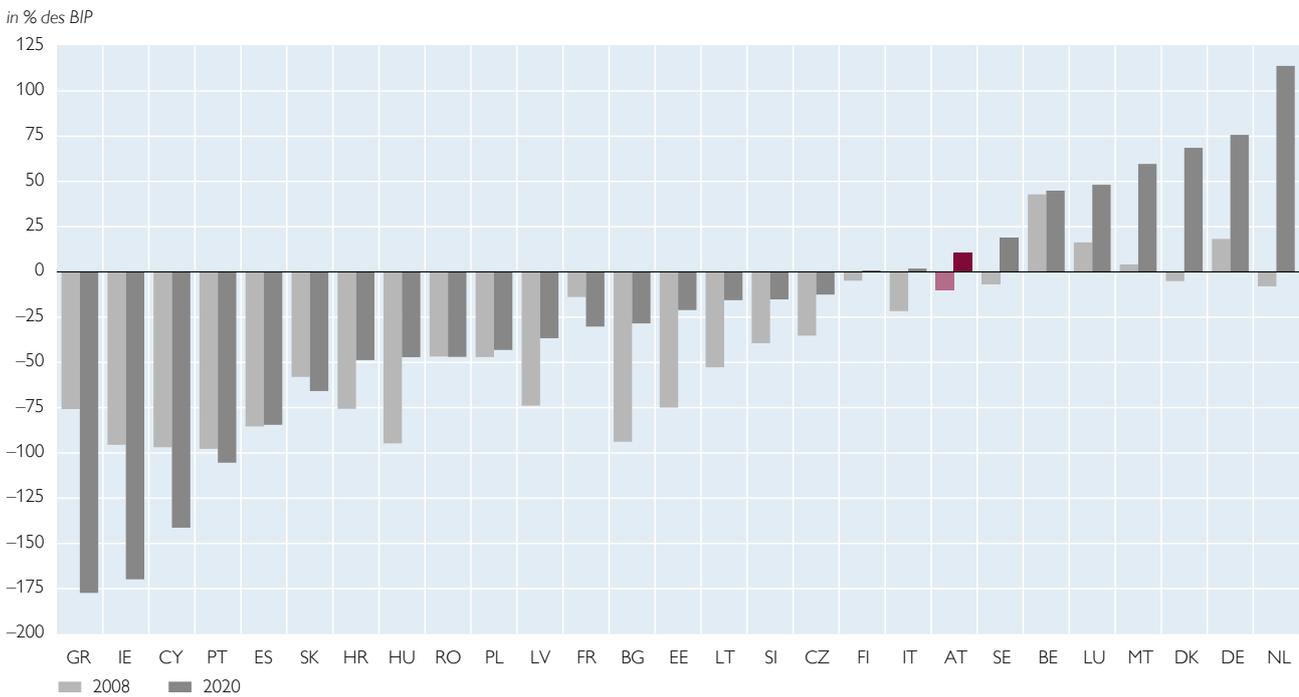
Grafik A6

Leistungsbilanzsalden der EU-Mitgliedstaaten, UK, USA und Japan



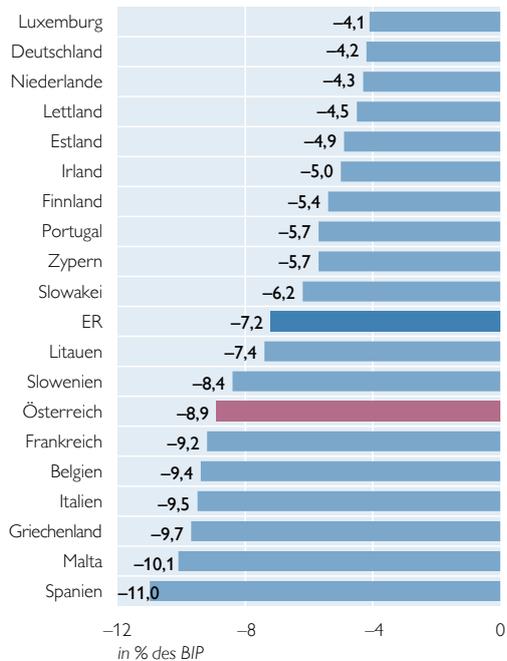
Grafik A7

Nettovermögensposition

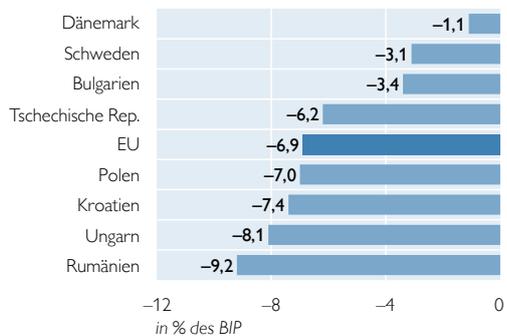


Grafik A8

Budgetsalden der EU-Mitgliedstaaten 2020



Nicht-Euroraum EU-Länder

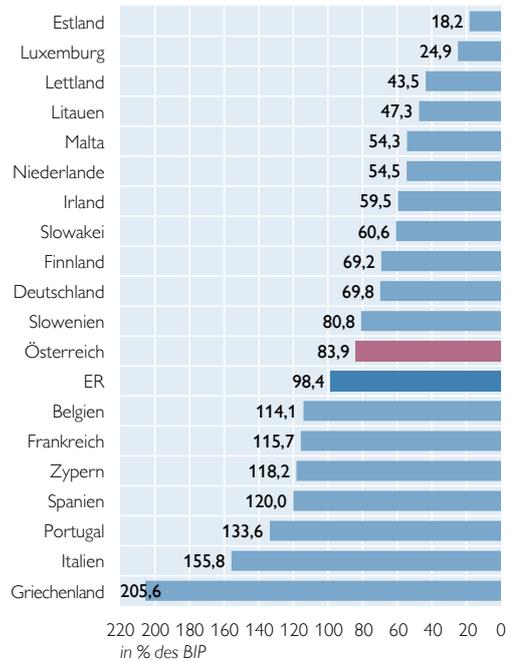


Quelle: Eurostat, Österreich: Statistik Austria.

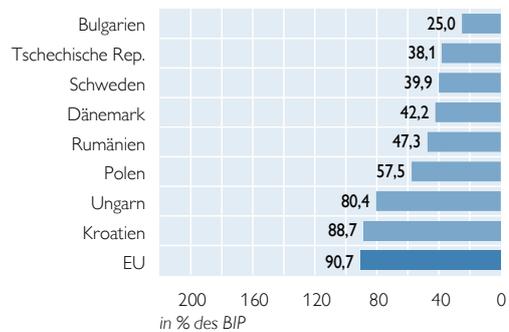
Grafik A9

Öffentliche Verschuldung der EU-Mitgliedstaaten 2020

Euroraum



Nicht-Euroraum EU-Länder



Quelle: Eurostat, Österreich: Statistik Austria.

Die halbjährlich erscheinende Publikation „Fakten zu Österreich und seinen Banken“ gibt einen kompakten Überblick über die real- und finanzwirtschaftliche Entwicklung Österreichs und stellt diese in den internationalen Kontext. Die Aktualisierung der Kennzahlenübersicht zu Beginn der Publikation erfolgt vierteljährlich.

**Medieninhaber
und Herausgeber**

Oesterreichische Nationalbank
Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien
Postfach 61, 1011 Wien
www.oenb.at
oenb.info@oenb.at
Tel (+43-1) 40420-6666
Fax (+43-1) 40420-046698

Koordination

Matthias Fuchs

Wirtschaftsanalyse

Klaus Vondra (Hauptabteilung Volkswirtschaft)

Finanzanalyse

Daniela Widhalm (Hauptabteilung Finanzmarktstabilität und Bankenprüfung)

Redaktion

Rita Glaser-Schwarz

Layout und Satz

Birgit Jank, Andreas Kuleschitz

Grafische Gestaltung

Abteilung Informationsmanagement und Services

Druck und Herstellung

Oesterreichische Nationalbank, 1090 Wien

Datenschutzinformationen

www.oenb.at/datenschutz

© Oesterreichische Nationalbank, 2021. Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Im Sinne der besseren Lesbarkeit wird teilweise auf geschlechtergerechte Formulierungen verzichtet, an ihrer Stelle verwendete Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter.

Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, UW-Nr. 820.

Bitte sammeln Sie Altpapier für das Recycling.

EU Ecolabel: AT/028/024



Verifiziert
environmental
management
REG. NO. AT-00011

